



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hildebrandt, Paul: Rückgang des höheren Bildungswesens?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

der letzten Jahre, vor allem auch die der Kriegszeit gezeigt. Über die Notwendigkeit einer Änderung im staatsrechtlichen Charakter des Landes ist sich daher jeder klar, der Einblick in das Getriebe der Parteien und in den unfertigen sozialen und wirtschaftlichen Zustand der Bevölkerung erhält. Und wieder wie 1815 und wie 1870 stößen und drängen sich die Pläne und Entwürfe. Vom Pufferstaat geht der Weg über die verschiedenen Fassungen der Autonomie und des Reichslandes hinüber zur Forderung der Aufteilung unter angrenzende Bundesstaaten oder der Einverleibung in Preußen. Wer die geschichtliche Entwicklung verfolgt, wird kaum im Unklaren sein, daß nur der Pfad gangbar ist, der erst seit 1879 mit Gestrüpp überwuchert wurde. „Über Preußen“, mahnt der Schwede Rudolf Kjellén, „ist ein neuer Reichsgedanke emporgewachsen, der jetzt vor seiner Reifeprüfung steht“. Wesen und Gedanken des „Reichslandes“, wie ihn Arndt und Görres 1815 verkündeten, übernimmt der preußische Staat, der im Begriffe steht, ein „neues Autoritätsband zwischen Staat und Massen“ zu schaffen, das aus dem neuen Nord- und Süddeutschland aufs engste zusammenführen wird.



Rückgang des höheren Bildungswesens?

Von Professor Dr. Paul Hildebrandt

Wie der Krieg unsere gesamten Lebensgebiete getroffen hat, so ist auch unser Bildungswesen von ihm nicht unberührt geblieben. Lehrer und Schüler folgten dem Ruf zu den Fahnen; die oberen Klassen leerten sich und der Unterricht zeigte Lücken, die nur behelfsweise dadurch ausgefüllt werden konnten, daß Vertreter, die dem Lehramt bis dahin fern gestanden hatten, einsprangen. In einem kurzen Kriege wäre das unbedenklich gewesen, aber durch seine Länge wurde die Unterrichtsverwaltung mit Rücksicht auf die im Publikum sich regenden Wünsche allmählich zu Maßregeln gezwungen, die zweifellos Gefahren für unser Bildungswesen in sich tragen.

Die Gesichtspunkte, die sie dabei verfolgte, waren an sich richtig: es galt, den draußen Weilenden den Dank des Vaterlandes abzustatten, ihnen, die sich in den Dienst der großen Sache gestellt hatten, nun auch nach Möglichkeit vorwärtszuhelfen oder ihnen wenigstens ihre Laufbahn nicht zu erschweren. Aber wir führen ja nicht nur draußen Krieg, sondern auch im Inneren, ja dieser zweite Kampf geht uns Daheimgebliebene fast noch näher an, und da nun hier zu dem großen Heer unserer Streiter auch die Jugend gehörte, die an die Stelle der Hinausgezogenen trat, so wurde auch sie, die unter normalen Verhältnissen ruhig ihrer Ausbildung hätte leben können, mit hineingerissen, und auch ihr gegenüber hatte der Staat eine Dankeschuld abzutragen, die sich in Erleichterungen ausdrücken mußte. Man ist wohl gar unter dem Druck des Aushungerungskrieges soweit gegangen, die Formel zu prägen: Brot ist wichtiger als Bildung, ohne zu bedenken, daß diese Antithese zu den allerbedenklichsten Folgen führen mußte. Wenn wir durch den Krieg dahin kämen, die rein materiellen Bedürfnisse im Ernst über die geistigen zu stellen, so wäre das der Bankrott deutschen Wesens. Gerade darum aber soll man seine Augen nicht vor dem augenblicklichen Zustand unseres Bildungswesens verschließen und die nötigen Folgerungen ziehen.

Schon bei Anfang des Krieges konnten Oberprimaner, die ihrer Klasse drei Halbjahre angehörten, ihre Notreifeprüfung ablegen, wie auch eine ähnliche Vergünstigung den Untersekundanern in bezug auf die Abschlußprüfung zuteil wurde. Die so erreichten Notabiturientenzeugnisse wurden dann als ausreichend für die Immatrikulation erklärt. Allmählich verschob sich der Termin für die Erlangung dieser Zeugnisse nach Unterprima, und heut liegt es so, daß Unterprimaner, die bis zu den Weihnachtsferien dieser Klasse angehört haben, das Abiturientenzeugnis erhalten können, wenn sie auf Grund der Einberufung ihrer Jahrestklasse ins Heer eingetreten sind, daß aber die, die kürzere Zeit in Unterprima gefessen haben, die Berechtigung besitzen, sich ohne weiteres bei Urlaub zur Prüfung zu melden, wenn sie glaubhaft machen, daß sie sich „genügend vorbereitet haben“. Nach Einführung des Zivildienstes erhielten allmählich auch die Schüler, die zu diesem einberufen wurden, fast die gleichen Vergünstigungen, so daß man wohl ohne Übertreibung sagen kann, daß das Ziel der höheren Schulen für die Schüler in der Heimat um eineinhalb bis zwei Klassen herabgedrückt ist.

Zu alledem kam nun noch die Tragikomödie der sogenannten Kriegsprümanerprüfungen, die fast die letzte Scheu vor der Reifeprüfung beseitigten. Der Minister hatte schon 1915 zugesagt, daß für die jungen Leute, die aus den drei obersten Klassen ins Feld gerückt waren, Sonderlehrgänge nach Friedensschluß zusammengestellt werden sollten, in denen sie in freierer Weise und in schnellerer Zeit auf das Abiturientenexamen vorbereitet werden sollten, als das bei Aufrechterhaltung sämtlicher Lehrplanmäßiger Anforderungen möglich gewesen wäre. Allein bald darauf setzte eine heftige Agitation dafür ein, daß Preußen nach dem Vorbild der süddeutschen Staaten den jungen Leuten ohne jede Prüfung das Reifezeugnis verleihen sollte, sobald der entsprechende Jahrgang in der Heimat das Examen gemacht hätte. Schritt vor Schritt wich das Ministerium zurück; in der allerletzten Zeit sind auf Wunsch der obersten Heeresleitung statt der Sonderlehrgänge „Kriegsreifeprüfungen hinter der Front“ eingeführt, für die lediglich das Zeugnis des Regimentskommandeurs gefordert wird, daß der Betreffende während seiner militärischen Dienstzeit sich wissenschaftlich weiter gebildet hat. Die Prüfung selber kann man wohl ohne Übertreibung fast als Formalität bezeichnen: es ist wirklich von den Prüfenden nicht zu verlangen, daß sie die Prüflinge, von denen sie wissen, daß sie am nächsten Tage in die Front zurückkehren und hier für das Vaterland fallen können, durchfallen lassen. So ist das Resultat dieser Entwicklung gewesen, daß die Einrichtung, die den jungen Leuten nach ihrer Rückkehr aus dem Felde eine neue Eingewöhnung in die Arbeit ermöglichen sollte, unter dem Ansturm einer Bewegung, die sie gerade hierdurch benachteiligt wähnte, fiel, und daß sie nun an die Universität gelangen, nicht nur ohne die Kenntnisse, die dort ein einheitliches Arbeiten gewährleisten, sondern — kurz gesagt — geistiger Arbeit überhaupt entwöhnt. Diese Lage der Dinge hat aber auch auf die Meldungen bei Heimaturlaub zurückgewirkt: da in dem Erlaß über die „Kriegsreifeprüfungen hinter der Front“ sich die Bestimmung findet, daß auch die jungen Leute sich melden können, die auf der Schule die Reife für Unterprima erlangt haben — also auch die Notreise, die solchen verliehen wurde, die, eben in die Obersekunda eingetreten, sich zum Heeresdienst gemeldet hatten — wollte man diejenigen, die mit Urlaub in die Heimat kamen, nicht zurücksetzen, und so ist der tatsächliche Zustand heut der, daß auch solche, die aus der Obersekunda abgegangen sind und sich in der Heimat melden, zur Prüfung zugelassen werden. Daß aber in der Prüfung selber lange, lange nicht mehr das verlangt wird, was früher gefordert wurde, liegt in der Natur der Dinge: durch die Erlaubnis, daß Unterprimaner, Obersekundaner auf Grund einer „Vorbereitung“, die mindestens bei der Meldung nicht nachzuprüfen war, in die Prüfung hineingehen konnten, mußte sich der Gedanke entwickeln, daß man mit — höchstens — Unterprimareife das Examen bestehen könne; in der Praxis wird wohl auch heute kaum mehr verlangt. Und so erleben wir es denn, da die Zeugnisse die Universität zur Immatrikulation verpflichten, heute als Regel, daß junge Leute in ein Studium

eintreten, das ihnen eigentlich erst offen stehen dürfte, wenn sie zwei weitere Jahre ernstler Schularbeit hinter sich hätten. Es wird der Tag kommen, an dem mancher von ihnen trotz emsigsten Bemühens nicht den Anforderungen der Universität genügen kann. Das aber wird zur Folge haben, daß er die Schuld denen zuschiebt, die ihn in diese falsche Stellung hineingebracht haben.

Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß die Universität Göttingen schon vor dem Kriege eine Denkschrift herausgab, in der sie auf die mangelhafte Vorbereitung der jungen Studenten hinweisend, Vorbereitungskurse an der Universität selber forderte. Wenn schon damals ein Abiturient nicht mehr instande war, in den Kollegien zu folgen, so kann man daraus einen Rückschluß auf die augenblickliche Höhe der Kenntnisse bei ersten Semestern machen. Die Schule hat diese immaturi mit einem „Reifezeugnis“ entlassen, ohne irgendeine Verantwortung für ihr Fortkommen übernehmen zu können.

Aber nicht nur das Ziel, auch der Betrieb unserer höheren Schulen hat erheblich gelitten. Zunächst wurde sofort bei Kriegsbeginn die militärische Vorbereitung der Jugend in Angriff genommen. Ein Ministerialerlaß sagte billige Rücksichtnahme bei der Bemessung der häuslichen Arbeiten zu; das Provinzialschulkollegium der Provinz Brandenburg ging weiter: es machte den Direktoren zur Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Nachmittage der Übungstage frei von Arbeiten blieben. Dadurch wurde natürlich die Einheitlichkeit der betreffenden Klassen gesprengt, da der eine Teil gearbeitet, der andere an den Übungen teilgenommen hatte. Allmählich mußten so die schwächeren Schüler unter dieser Teilnahme leiden, und da sie nicht benachteiligt werden durften, so litt die ganze Klasse, um so mehr, als sie nun völlig ungleichartig war.

Die Schwierigkeiten der Ernte veranlaßten neue Erlasse: der Jugend wurde es als vaterländische Pflicht vorgestellt, einzugreifen. Von Jahr zu Jahr haben sich mehr Schüler dabei betätigt und in den Verfügungen wurde es den Schulen eingeschärft, daß die freiwilligen Helfer keinen Schaden dadurch leiden sollten, ja, beim kommenden Ostertermin soll auch bei der Versetzung auf die Lücken aus 1917 Rücksicht genommen werden. Da Nachhilfskurse, die der Minister zugesagt hatte, durch Erlaß nicht eingeführt sind,*) so werden also jetzt ein gut Teil Schüler versetzt werden, die ein Viertel des Jahrespensums und darüber — um soviel Zeit handelte es sich bei den Erntearbeiten — versäumt und zum größten Teil nicht nachgeholt haben.

Neben diesen Schwierigkeiten hat endlich der empfindliche Kohlenmangel dahin gewirkt, daß in manchen Provinzen die Ferien erheblich verlängert worden sind, so daß hier wieder Ungleichheiten zwischen den einzelnen Landesteilen — in Berlin bekanntlich auch zwischen den einzelnen Anstalten — Platz griffen.

Wir haben staunend erlebt, mit welchem Erfolge sich die Mobilmachung unserer Jugend zu den einzelnen Sammlungen vollzog: die Gold- und Goldschmucksammlung, die Metall- und Wollsammlung, die Altmaterial- und Knochen-sammlung und nicht zuletzt die Sammlung und Werbung für die Kriegsanleihen haben ganz erstaunliche Resultate gezeitigt. Mit einem wahren Feuereifer sind unsere Jungen daran gegangen, ihre „Sammelwut“ zum Besten des Vaterlandes zu betätigen; sie haben sich Ehrenzeichen und Diplome verdient, und ihre Namen sind vor der ganzen Schule bei den Feiern genannt worden. Aber — sie sind auch durch diese Dinge von der Schule selber abgelenkt worden und hielten es schließlich für bedeutend wichtiger, sich auf diese Weise zu betätigen, als geistig zu arbeiten. Der feste Zusammenhalt in der Schule wurde auch durch diese Dinge untergraben, und die Unterstützung der Sammlungen durch die behördlichen Erlasse wirkte gewissermaßen auf Schüler und Eltern wie ein Freibrief, durch den man sich von den Anforderungen der Schule löskaufte.

So ist denn das Bild, das unsere höheren Schulen augenblicklich bieten, nicht gerade sehr erfreulich. Gewiß beruht Bildung nicht nur auf Kenntnissen,

*) Auch der neueste Erlaß vom 25. Februar d. J. redet nur ganz allgemein von „besonderen Veranstaltungen“, die zur Ausfüllung der Lücken zu treffen seien.

aber sie kann auch ohne sie nicht bestehen, ja nicht einmal entstehen. Was aber das Schlimmste ist: gerade in den Oberklassen entwickelt sich erst die Fähigkeit zu geistiger Schulung, zu wissenschaftlichem Denken; erst auf der Oberstufe können wirkliche Probleme angefaßt, kann selbsttätiges Denken angeregt werden. Die Jahre, die hier fehlen, sind unerseßlich; das muß klar erkannt werden. Daß die Schule auf die Universität wirkt, liegt auf der Hand: schlecht vorbereitete Studenten drücken auch dort auf die Anforderungen. Dazu kommen aber jetzt noch die sehr natürlichen Wünsche der Kriegsteilnehmer, recht bald ihre Staatsprüfung bestehen zu können, die zum Teil bereits ministerielle Maßnahmen gezeitigt haben.

Nach der vortrefflichen Zusammenstellung der Bestimmungen in den „Berliner Akademischen Nachrichten“ kann bei den Juristen die Vorbereitungszeit um höchstens ein Jahr gekürzt werden, doch muß für jedes fehlende Semester ein achtwöchentlicher Herbstlehrgang durchgemacht werden. Den Medizinem kann der Kriegsdienst bis zu einem Semester angerechnet werden, die Oberlehrer erhalten bei der Ablegung ihrer Prüfung bestimmte Erleichterungen. Immer wieder wird allerdings betont, daß die wissenschaftliche Bildung nicht in Gefahr geraten darf. Der Staat befindet sich eben in einer Zwangslage, die am besten durch die diesbezügliche badische Verordnung gekennzeichnet wird. Diese bestimmt, daß bei der Prüfung „einerseits den hinsichtlich der Vorbereitung durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnissen und Schwierigkeiten . . . Rechnung zu tragen, andererseits aber auch nicht außer Acht zu lassen ist, daß eine wesentliche Herabsetzung der Prüfungsanforderungen ebensosehr den Interessen des Staates an der Erhaltung eines tüchtig vorgebildeten Beamtenstandes wie auch den wohlverstandenen Interessen der Kriegsteilnehmer selbst, die einer vollen Grundlage für ihren künftigen Lebensberuf bedürfen, zuwiderlaufen würde.“

Der Vorschlag einer Trimestrierung der Universitätszeit, bei der dann jedes Trimester für die Prüfung als Semester rechnete, ist nach der Aufnahme, die er gefunden hat, wohl erledigt; er ist unbedingt abzulehnen, wenn sich dahinter der Versuch verbirgt, eine Erleichterung der Prüfung in sich durchzusetzen. Allen solchen Wünschen muß die Unterrichtsverwaltung ein entschiedenes „Nein!“ entgegensetzen: wir haben diesen Krieg gerade durch unsere wissenschaftliche Bildung gewonnen — sie darf nicht ins Wanken kommen. Gewiß soll hier nicht einem falschen Intellektualismus das Wort geredet werden, aber man muß es gerade jetzt, wo in jedem zweiten Buch gegen das „öde Auswendiglernen“ Sturm gelaufen wird, immer wieder aussprechen, daß zur Grundlage der Bildung gründliche Kenntnisse mit gehören. Erst recht aber zum wissenschaftlichen Arbeiten!

Natürlich bestehen ähnliche oder noch schlimmere Verhältnisse wie bei uns auch bei unseren Gegnern — bei den Franzosen ganz sicher viel schlechtere. Nichtsdestoweniger muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß, wenn es so weiter geht, ein Teil, und ein nicht unwichtiger, der Grundlagen unserer Bildung ins Wanken gerät: es wird das einerseits davon abhalten, unvernünftige Forderungen, die hier und da bereits hervortraten, zum Schaden unserer Jugend zu erheben, andererseits auf eine Wiedererhöhung unserer Anforderungen vorbereiten. Die ersten zehn Jahre nach dem Kriege werden in dieser Beziehung erst die wahren Sieger zeigen.

